

Inhaltsverzeichnis

A. Vorrüberlegungen	11
B. Vorgaben der Wasserrahmenrichtlinie	13
I. Entstehung und Gesamtkonzept	13
1. Art. 9 im Gesamtzusammenhang der Wasserrahmenrichtlinie	13
2. Der Inhalt des Art. 9 WRRL	14
3. Grundlegende Divergenzen bei der Auslegung des Art. 9 WRRL	16
II. Meinungsstand zum Umsetzungsbedarf in Deutschland	17
1. Einführung	17
2. Meinungsstand im Schrifttum	18
a) Die Entwicklung des Meinungsbildes	18
b) Desens	19
c) Kolcu	19
d) Köck und Gawel	20
aa) Köck	20
bb) Gawel	21
cc) Das gemeinsame Gutachten von Gawel und Köck	22
dd) Kritik an Köck und Gawel	23
3. Vertragsverletzungsverfahren	24
a) Stellungnahme der Kommission vom 29.9.2011	24
b) Mitteilung der Regierung der Bundesrepublik Deutschland vom 12.1.2012	26
c) Ankündigung der Klageerhebung am 31.5.2012	27
4. Zusammenfassung	27
III. Weitergehende Überlegungen zur Auslegung der Wasserrahmenrichtlinie	29
1. Zur Bedeutung juristischer Auslegungsmethoden für die Wasserrahmenrichtlinie	29
2. Primärrechtliche Regelungsgrenzen der Wasserrahmenrichtlinie	30
a) Erlass des EU-Wasserrechts auf Grundlage der Umweltkompetenz	30

b) Kompetenzüberschreitung durch Rückgriff auf falsche Ermächtigungsgrundlage?	31
aa) Rechtsakte zur Steuergesetzgebung – Art. 175 Abs. 2 lit. a) EGV	32
bb) Rechtsakte zur Wassermengenbewirtschaftung – Art. 175 Abs. 2 lit. b) Spiegelstrich 2 EGV	35
cc) Energiekompetenz der Mitgliedsstaaten – Art. 175 Abs. 2 lit. c) EGV	36
c) Konsequenzen für die Auslegung des wasserwirtschaftlichen Sekundärrechts	38
3. Stand der Auslegung des Wortlauts, der (inneren) Systematik und der Entstehungsgeschichte	38
a) Wortlautauslegung – zum Begriff der Wasserdienstleistung und Wassernutzung	38
b) Systematische Auslegung des Dienstleistungsbegriffs – § 2 Nr. 38 WRRL	40
c) Historische Auslegung des Dienstleistungsbegriffs	41
4. Auslegung des Begriffs der Wasserdienstleistung im Gesamtgefüge der WRRL, als auch im Gesamtgefüge der Umweltpolitik der Europäischen Union (Systematik im weiteren Sinne)	42
a) Systematische Unstimmigkeiten zwischen ordnungsrechtlichem Zulassungsverfahren und fiskalischem Steuerungselement – weitere systematische Auslegung innerhalb der WRRL	42
b) Wertungswiderspruch zum Hochwasserschutz – weitere systematische Auslegung innerhalb der WRRL	45
c) Wertungswiderspruch zur allgemeinen Förderung von erneuerbaren Energien – systematische Auslegung im weiteren Sinne	47
5. Fazit zum Begriff der Wasserdienstleistung – § 2 Nr. 38 WRRL	50
IV. Verbleibende Umsetzungsspielräume auch bei einem weiten Verständnis	51
1. Umsetzungsspielräume aufgrund von Art. 9 Abs. 1 UAbs. 3, Abs. 4 WRRL	52
a) Berücksichtigung örtlicher Gegebenheiten	52
b) Möglichkeit des „Opting-Out“	52

2. Umsetzungsspielräume aufgrund weitergehender Verwendung von unbestimmten Rechtsbegriffen / Steuerungspotenzial und Umsetzungsspielraum des unmittelbar aus Art. 9 WRRL	54
a) Relativierung des Aussagegehalts durch unbestimmte Rechtsbegriffe	54
b) Konkretisierungsbedürftigkeit des Konzepts der Umweltkosten und des Verursacherprinzips	54
3. Umsetzungsspielräume bei den Rechtsfolgen	58
a) Berücksichtigung bestehender Umsetzungselemente im geltenden Finanzrecht	58
b) Berücksichtigung bestehender Umsetzungselemente im geltenden Ordnungsrecht	59
c) Spielräume im Hinblick auf die Reichweite der Richtlinienziele	59
4. Zwischenergebnis	60
V. Nationale Umsetzung und Erwartungshaltung zur Einführung eines § 6a WHG	61
1. Kompetenzielle Ausgangslage	61
2. Neue Scharniernorm § 6a WHG	61
3. Bewertung / Erwartungshaltung	63
C. Vorgaben aus der deutschen Finanzverfassung	65
I. Der Ausgangspunkt: Steuerstaatlichkeit als Staatsfinanzierungsprinzip	65
II. Zur Legitimität von Lenkungsabgaben – Umweltabgaben als Prototypen	66
1. Grundsätzliche verfassungsrechtliche Zulässigkeit von Lenkungsabgaben	66
a) Abgabentypologische Probleme	67
b) Kompetenzielle Fragen	71
c) Grundrechtliche Grenzen	73
2. Begriff, ökonomischer und politischer Hintergrund von Umweltabgaben	74
a) Begriff	74
b) Arten und Typen von Umweltabgaben	77
3. Keine Freizeichnung von verfassungsrechtlichen Bindungen durch das Lenkungsziel Umweltschutz	78
III. Wasserentnahmehentgelte – Entstehung, Entwicklung, Grenzen	78
1. Besondere Rechtfertigungsbedürftigkeit nichtsteuerlicher Abgaben	80

2. Abgabenrechtliche Qualifikation in der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts	81
3. Enger Vorteilsbegriff zur Abgrenzung von Gewinnsteuern	87
a) Abstellen auf die Nutzung des Wassers	88
aa) Bundesverfassungsgericht	88
bb) Bundesverwaltungsgericht	89
b) Auflösung der finanzverfassungsrechtlichen Rechtfertigung des Wasserentnahmehentgelts durch Entgrenzung des Vorteils	91
aa) Finanzverfassungsrechtliches Erfordernis der Abbildung des Vorteilsausgleichs im Abgabentatbestand des Wasserentnahmehentgelts	91
bb) Verfassungswidrige Diskrepanz zwischen dem Konzept des Vorteilsausgleichs bei der Ressourcennutzungsgebühr und der Bemessungsgröße der entnommenen Wassermenge	93
cc) Übergriff in den Bereich der Steuer	95
4. Wasserentnahmehentgelte zwischen Ressourcennutzungs- und Verleihungsgebühr und die Problematik der Abgrenzung zu den (Gewinn-)Steuern	97
5. Keine Ausdehnung auf weitere Nutzungsregime	99
IV. Abwasserabgabe – Entstehung, Qualifikation, Reformdiskussion	100
1. Hintergrund und Entstehungsgeschichte	100
2. Tatbestand der Abgabe und abgabenrechtliche Qualifikation	101
3. Kritik und aktuelle Diskussion	102
a) Funktions- und Zielunklarheiten als finanzverfassungsrechtliches Problem	102
b) Verwässerung des Konzepts durch Novellierungen	103
c) Verlust der Lenkungsfunktion	104
4. Zwischenergebnis	104
V. Finanzverfassungsrechtliche Vorgaben und Grenzen für die Besteuerung der Wassernutzung	105
1. Kein freies Steuererfindungsrecht jenseits der Art. 105, 106 GG	105
2. Anforderungen an Verbrauch- oder Verkehrsteuern auf die Wassernutzung bzw. auf sonstige Stoffe, die mit Wasser in Berührung kommen	111
3. Grenzen einer Zweckbindung von Steueraufkommen	111
VI. Begrenzung der Höhe der Abgaben	117
1. Steuerhöhe als Verfassungsproblem	117
2. Unterscheidung zwischen Finanz- und Lenkungszweck	120

3. Verfassungsrechtliche Begrenzung der Höhe nichtsteuerlicher Abgaben	121
VII. Zum Verhältnis unionsrechtlicher Vorgaben zu den finanzverfassungsrechtlichen Anforderungen des Grundgesetzes	121
D. Zusammenfassung der Ergebnisse in Thesen	125
E. Anhang	129
F. Literaturverzeichnis	133